



Analysen eidgenössischer Urnengänge
Analyses des votations fédérales
Analisi delle votazioni federali

● Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001

Hans Hirter, Wolf Linder

Abstimmungsergebnisse	Ja	Nein
Volksinitiative «Ja zu Europa»	597'205 23.1%	1'982'363 76.9%
Volksinitiative «für tiefere Arzneimittelpreise»	791'475 30.9%	1'772'860 69.1%
Volksinitiative «für mehr Verkehrssicherheit durch Tempo 30 innerorts mit Ausnahmen (Strassen für alle)»	526'457 20.3%	2'062'381 79.7%
Stimmbeteiligung	55.3%	



GfS Forschungsinstitut
Geschäftsbereich Politik und Staat
Hirschengraben 5, Postfach 6323, 3001 Bern
Telefon 031 311 08 06, Telefax 031 311 08 19
e-mail: gfs@gfs-be.ch

Universität Bern

Institut für Politikwissenschaft
Lerchenweg 36, 3000 Bern 9
Telefon 031 631 83 31, Telefax 031 631 85 90
e-mail: hirter@ipw.unibe.ch

Impressum

Die VOX-Analysen eidgenössischer Urnengänge kommentieren seit 1977 alle Volksabstimmungen auf nationaler Ebene aufgrund repräsentativer Befragungen. Für die kontinuierliche Durchführung zeichnet das GfS-Forschungsinstitut (Zürich/Bern) verantwortlich. Die Federführung für die Analyse der vorliegenden Nummer liegt beim Institut für Politikwissenschaft, Abteilung Innenpolitik/Vergleichende Politik, Universität Zürich.

Institut für Politikwissenschaft Universität Bern (IPW)

Gesamtverantwortung: Wolf Linder
Analyse/Auswertung: Hans Hirter

GfS-Forschungsinstitut, Abteilung «Politik und Staat» (Bern)

Gesamtverantwortung: Claude Longchamp
Projektleitung: Urs Bieri
Sekretariat: Silvia Ratelband-Pally
Telephonbefragung, Feldchef: Georges Ulrich
CATI-Support: Dragan Ljubisavljevic
EDV-Auswertung: Lukas Golder

Bestellungen

Die VOX-Analysen können für Fr. 75.– (Ausland: Fr. 85.–) pro Jahr abonniert werden. Einzelnummern können für Fr. 25.– (Ausland: Fr. 30.–) bezogen werden. Alle zurückliegenden Jahrgänge zusammen (1977 bis 2001) können für Fr. 600.– nachbezogen werden. Bestellungen sind zu richten an: GfS-Forschungsinstitut, Sekretariat, Postfach 6323, 3001 Bern.

Zitierweise

Vorliegende Nummer: Hans Hirter (2001): Analyse der eidg. Abstimmung vom 4. März 2001, VOX Nr. 73, GfS und IPW, Bern. Allgemein: VOX-Analysen eidg. Urnengänge, hrsg. vom GfS-Forschungsinstitut in Zusammenarbeit mit den politikwissenschaftlichen Instituten der Universitäten Bern, Genf und Zürich, 1977 ff.

Inhaltsverzeichnis

1. Die Bedeutung der Vorlagen, die Beteiligung und die Meinungsbildung	5
1.1 Die Bedeutung der Vorlagen und die Partizipation.....	5
1.2 Die Meinungsbildung	7
2. Die Volksinitiative «Ja zu Europa»	8
2.1 Die Ausgangslage	8
2.2 Die Wahrnehmung.....	9
2.3 Das Abstimmungsprofil.....	10
2.4 Die Entscheidungsmotive	12
2.5 Pro- und Kontra-Argumente	13
3. Die Volksinitiative «für tiefere Arzneimittelpreise»	16
3.1 Die Ausgangslage	16
3.2 Die Wahrnehmung.....	17
3.3 Das Abstimmungsprofil.....	17
3.4 Die Entscheidungsmotive	18
3.5 Pro- und Kontra-Argumente	19
4. Die Volksinitiative «für mehr Verkehrssicherheit durch Tempo 30 innerorts mit Ausnahmen (Strassen für alle)»	21
4.1 Die Ausgangslage	21
4.2 Die Wahrnehmung.....	21
4.3 Das Abstimmungsprofil.....	21
4.4 Die Entscheidungsmotive	23
4.5 Pro- und Kontra-Argumente	24
5. Methodischer Steckbrief	26
6. Hauptresultate der Analyse der Abstimmung vom 4. März 2001	27

Tabelle 1.1: Abstimmungsergebnisse für die Schweiz und nach Kantonen, in Prozent der Stimmenden.

	Stimmbeteiligung in %	Europa % Ja	Arzneimittelpreise % Ja	Tempo 30 % Ja
Schweiz	55.3	23.1	30.9	20.3
Zürich	55.7	23.6	36.4	24.9
Bern	53.8	23.4	31.5	22.1
Luzern	58.9	15.7	32.3	18.1
Uri	52.3	9.4	30.9	17.9
Schwyz	61.9	10.6	32.0	13.0
Obwalden	59.0	11.2	26.8	14.6
Nidwalden	60.7	10.8	27.4	13.9
Glarus	53.1	13.3	32.4	20.7
Zug	63.6	17.1	33.9	16.6
Freiburg	61.5	27.3	23.5	13.0
Solothurn	58.6	19.8	37.1	18.9
Basel-Stadt	59.4	29.1	29.2	35.7
Basel-Landschaft	58.0	22.6	30.6	23.1
Schaffhausen	69.2	17.5	36.7	23.6
Appenzell A. RH.	60.5	13.5	28.4	18.5
Appenzell I. RH.	59.0	6.8	24.9	10.6
St. Gallen	55.8	14.2	32.5	17.6
Graubünden	48.7	14.4	32.7	25.5
Aargau	51.9	17.0	34.0	17.0
Thurgau	53.8	13.7	33.8	17.0
Tessin	49.1	15.8	32.8	16.9
Waadt	46.0	39.3	22.5	17.9
Wallis	63.0	20.8	20.0	14.1
Neuenburg	69.5	44.2	25.4	18.2
Genf	62.2	41.1	25.0	25.1
Jura	55.3	44.2	20.0	15.0

Quelle: <http://www.admin.ch>

1. Die Bedeutung der Vorlagen, die Beteiligung und die Meinungsbildung

1.1 Die Bedeutung der Vorlagen und die Partizipation

Am 4. März 2001 kamen drei Volksinitiativen zu Abstimmung. Dass die Europa-Initiative für die weit überdurchschnittliche Beteiligung von 55.3% gesorgt hatte, wird durch die VOX-Befragung bestätigt. Die Stimmberechtigten haben ihr mit Abstand die grösste Bedeutung zugemessen. Diese Beurteilung gilt sowohl für die Relevanz des Entscheids für das Land als Ganzes, als auch für den Einzelnen persönlich. In den letzten zwei Jahren hatten nur die Volksinitiative für einen maximalen Ausländeranteil von 18% (24. Sept. 2000), die bilateralen Verträge mit der EU (21. Mai 2000) und die dringlichen Massnahmen im Asylbereich (13. Juni 1999) vergleichbar hohe Werte erreicht. Mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger glaubten, dass diesem Entscheid für das Land eine sehr grosse Bedeutung zukomme. Dies sind sogar noch mehr als bei den bilateralen Verträgen. Die Bedeutung, welche den beiden anderen Abstimmungsfragen vom 4. März zugemessen wurde, entsprach demgegenüber den Durchschnittswerten der Abstimmungen der 90er Jahre, wobei die Initiative für Tempo 30 als etwas weniger wichtig beurteilt wurde. Die Bedeutung der Vorlagen wurde jeweils recht homogen eingeschätzt. Zielgruppen, die in den Kampagnen besonders angesprochen worden waren, wie etwa die den Konsumentenorganisationen nahe stehenden Personen (Arzneimittelpreise) oder die Autofahrer (Tempo 30), massen den jeweiligen Vorschlägen keine grössere subjektive Bedeutung zu als die Gesamtheit der Befragten. Hingegen hielten ältere Personen die Arzneimittel-Initiative persönlich für bedeutender als jüngere, was angesichts des im allgemeinen grösseren Medikamentenverbrauchs dieser Personen auch nicht erstaunlich ist.

Tabelle 1.1: Wahrnehmung der Bedeutung der Vorlagen für das Land und für sich selbst

Bedeutung für...	Europa		Arzneimittelpreise		Tempo 30	
	das Land in %	sich selbst in %	das Land in %	sich selbst in %	das Land in %	sich selbst in %
Sehr klein (0, 1) ^a	3	13	5	18	7	19
Klein (2-4)	4	12	10	14	16	16
Mittel (5)	15	22	27	24	30	24
Gross (6-8)	22	24	33	26	29	24
Sehr gross (9, 10)	56	29	25	18	18	16
Mittel ^a	8.0	6.1	6.5	5.3	5.9	5.1

^a Die Werte beschreiben das arithmetische Mittel der Einschätzung durch die Stimmberechtigten. Die Befragten konnten die Bedeutung auf einer Skala von 0 bis 10 angeben. 0 steht für «bedeutungslos» und 10 für «von sehr grosser Bedeutung».
©IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.

Die Beteiligung von 55,3% war sehr hoch. Sie lag über den Werten der Abstimmungen über den UNO-Beitritt vom 22. April 1986 (50,7%) und die bilateralen Verträge vom 21. Mai 2000 (48,3%), war jedoch deutlich tiefer als bei der Abstimmung über den EWR (1992: 78,7%). Erwartungsgemäss war die Beteiligung abhängig vom Alter, dem Bil-

dungsniveau und vor allem vom politischen Interesse. Die sonst häufig feststellbare stärkere Partizipation von Männern und von Deutschsprachigen liess sich diesmal hingegen nicht ausmachen. Es kann auch nicht davon gesprochen werden, dass Personen, welche gegen eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz sind, sich durch die Europa-Initiative überdurchschnittlich haben mobilisieren lassen.

Tabelle 1.2: Beteiligung nach sozialen und politischen Merkmalen

<i>Merkmale / Kategorien</i>	<i>Teilnahme in %</i>	<i>(n)</i>	<i>Korrelationskoeffizient^a</i>
Total Vox (gewichtet)	55	1043	
<i>Interesse an der Politik</i>			V = 0.41***
Sehr interessiert	89	147	
Ziemlich interessiert	65	411	
Eigentlich nicht interessiert	42	341	
Überhaupt nicht interessiert	20	132	
<i>Alter</i>			V = 0.21***
18 bis 29 Jahre	39	147	
30 bis 39 Jahre	45	266	
40 bis 49 Jahre	59	182	
50 bis 59 Jahre	65	167	
60 bis 69 Jahre	66	126	
70 Jahre und darüber	49	150	
<i>Ausbildung</i>			V = 0.15***
Obligatorische Schulzeit	57	190	
Lehre	49	551	
Matur/Lehrerseminar	63	60	
Fachschule	60	89	
Fachhochschule	75	57	
Universität	66	88	
<i>Umweltschutz/Wirtschaftswachstum</i>			V = 0.08*
Umweltschutz	58	409	
Gemischte Wertvorstellungen	55	507	
Wirtschaftswachstum	43	84	
<i>Sprache</i>			n.s.
<i>Wohnort</i>			n.s.
<i>Geschlecht</i>			n.s.
<i>Öffnung/Abschottung der Schweiz</i>			n.s.
<i>Parteisympathie</i>			n.s.

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».
© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.

1.2 Die Meinungsbildung

1.21 Die Kenntnis der Vorlagen

Der Initiative «Ja zu Europa» wurde nicht nur die grösste Bedeutung zugemessen, sie war auch die weitaus am besten bekannte. 81% aller Stimmberechtigten konnten sich in der Nachbefragung (d.h. bis maximal zwei Wochen nach dem Abstimmungstag) spontan an dieses Thema erinnern. Bei Tempo 30 vermochten dies lediglich 59% und bei der Arzneimittel-Initiative sogar nur 50%. Das gleiche Bild ergibt sich bei einer Beschränkung auf die effektiv an der Abstimmung Teilnehmenden. Von diesen nannten 91% die Europa-Initiative und 70% resp. 65% die Tempo- und die Arzneimittel-Initiative. Welche Inhalte dieser Vorlagen bekannt waren bzw. wie diese interpretiert wurden, werden wir unten bei der Analyse der einzelnen Abstimmungen darstellen.

1.22 Die Entscheidungsschwierigkeit und der Zeitpunkt des Stimmenscheids

Die bei Volksinitiativen meist klare Fragestellung (unter anderem wegen der verlangten Einheit der Materie) erleichtert im allgemeinen die Meinungsbildung. Dies wird noch dadurch verstärkt, dass, im Gegensatz etwa zu Gesetzesreferenden, die Hauptforderung bei Initiativen in der Regel bereits im Titel enthalten ist. Vor allem bei der Tempo-, aber auch bei der Europa-Initiative gaben überdurchschnittlich viele Teilnehmende (87% resp. 79%) an, dass ihnen aufgrund der erhaltenen Informationen der Entscheid eher leicht gefallen sei (siehe Tab. 1.3). Bei der Arzneimittel-Initiative, wo in der Kampagne der Streit über mögliche Auslegungen und Konsequenzen fast ebensoviel Platz einnahm wie die Auseinandersetzung über die Forderung an sich, ergaben sich für die Stimmenden grössere Schwierigkeiten: nur 72% bezeichnete den Entscheid als eher einfach.¹

Bei der Europa- und bei der Tempo-Initiative war der Entscheid für ungefähr die Hälfte der Stimmenden schon lange vor der Abstimmung klar. Das eine Thema (Beziehungen zur EU) ist seit Anfang der 90er Jahre (EWR-Beitritt) eines der meistdiskutierten der schweizerischen Politik und das andere (Tempo 30) gehört zum alltäglichen Erfahrungsbereich der Bürgerinnen und Bürger. Länger zugewartet haben die meisten Stimmenden mit ihrem Entscheid zur Arzneimittel-Initiative, welche im ohnehin komplexen Feld der Begrenzung der Gesundheitskosten eine neue und in ihren Auswirkungen ungewisse Massnahme vorschlug. Einen Einfluss der Abstimmungskampagnen auf die Stimmenscheidung kann aufgrund dieser Nachbefragung nicht ausgemacht werden. Zu allen Zeitpunkten blieben die Anteile der Gegner und der Befürworter weitgehend konstant.

Drei von fünf Personen gaben ihre Stimme auf dem brieflichen Weg ab; in der Deutschschweiz waren es sogar 70%. Die wichtigsten Informationsmittel waren wie gewohnt die Presseartikel (89%), das Fernsehen und das vom Bundesrat herausgegebene Informationsheft (Bundesbüchlein) mit je 80%. Relativ oft genutzt wurde für die Meinungsbildung auch das Radio und die Leserbriefseiten in den Zeitungen (54% resp. 53%). Obwohl das Internet im Alltag bereits von einem grossen Teil der Bevölkerung regelmässig eingesetzt wird, bleibt es in den Abstimmungskampagnen weiterhin ein Medium für eine kleine Minderheit. Nur gerade 5% aller und 10% der unter 30jährigen Stimmenden verwendeten es zur Informationsbeschaffung. Dabei wurde es eindeutig als Komplementärquelle eingesetzt: Wer sich des Internets bedient, verwendet häufiger als andere eine grosse Anzahl von verschiedenen Medien zur Meinungsbildung.

¹ Die Angabe der Entscheidungsschwierigkeiten aller Stimmberechtigten hat wenig Sinn, da sich die Nichtteilnehmenden gar nicht entscheiden mussten und zudem oft gar nicht wissen, worüber abgestimmt worden ist.

Tabelle 1.3: Zeitpunkt der Stimmenscheidung und Schwierigkeit bei der Meinungsbildung (in %). Nur Teilnehmende

	Europa	Arzneimittelpreise	Tempo 30
<i>Zeitpunkt des Stimmenscheids (N = 535-547)</i>			
Mehr als 6 Wochen vor der Abstimmung	52	38	47
3 bis 6 Wochen vor der Abstimmung	21	24	21
1 bis 2 Wochen vor der Abstimmung	19	27	24
Einige Tage vor der Abstimmung	8	11	8
<i>Schwierigkeit der Entscheidung^a (N = 569)</i>			
Eher einfache Entscheidung	79	72	87
Eher schwierige Entscheidung	19	25	11

^a Das Total liegt unter 100%, da «weiss nicht» und «keine Antwort» in der Tabelle nicht aufgeführt sind.
 © IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.

2. Die Volksinitiative «Ja zu Europa»

2.1 Die Ausgangslage

Die Volksinitiative «Ja zu Europa» verlangte, dass die Schweiz den Beitritt zur Europäischen Union anstrebt und der Bundesrat zu diesem Zweck unverzüglich Verhandlungen mit den Organen der EU aufnimmt. Sie war 1996 von einem vorwiegend aus jungen, in der Politik bisher nicht bekannten Personen zusammengesetzten Komitee eingereicht worden. Der Bundesrat hatte die Initiative abgelehnt, weil er das eingeschlagene Tempo als zu forsch beurteilte. Weil er aber mit dem Grundsatz einer anzustrebenden EU-Mitgliedschaft einverstanden war – schliesslich liegt in Brüssel immer noch das von ihm 1992 deponierte Gesuch um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen –, beantragte er dem Parlament einen Gegenvorschlag, der das Beitrittsziel mit einem Bundesbeschluss bekräftigen sollte. Dieser fand im Nationalrat Zustimmung; unter anderem auch deshalb, weil integrationsfreundliche Politiker damit rechneten, dass dann die Initianten ihr Begehren zurückziehen und damit eine absehbare Abstimmungsniederlage vermeiden würden. Der Ständerat machte bei diesem Spiel aber nicht mit und legte sein Veto ein. In der Abstimmungskampagne fand die Initiative Unterstützung bei der SP, den Grünen, der PdA, den Liberalen und den Gewerkschaften. Bei der CVP hatte zwar die Delegiertenversammlung mit klarem Mehr die Ja-Parole beschlossen; mit zwei Ausnahmen (BE und BS) widersprachen aber alle deutschschweizerischen Kantonalparteien dieser Empfehlung. Im Gegensatz zur Deutschschweiz vereinigten die Initianten in der französischsprachigen Schweiz eine breite Front hinter sich. Praktisch alle Parteien (auch die FDP-Kantonalsektionen) und sogar einzelne Kantonsparlamente und -regierungen empfahlen ein Ja.

Die Kampagne gegen die Initiative wurde von zwei Seiten getragen. Einerseits von Befürwortern eines Beitritts, welche das von der Initiative postulierte rasche Vorgehen ablehnten, andererseits aber auch von engagierten Beitrittsgegnern, welche aus der Abstim-

mung einen Entscheid über den EU-Beitritt an sich machen wollten. Damit stellte sich die bei Volksabstimmungen nicht seltene Konstellation ein, dass die Stimmbürgerschaft nicht durch eine, sondern durch zwei Konfliktlinien geteilt wurde.² Stehen sich in der Grundsatzfrage einer Integration der Schweiz in die EU noch zwei etwa gleich grosse Lager gegenüber, wurde nun durch die Forderung nach einem möglichst raschen Beitritt die Gruppe der Befürworter geteilt. Die Erfolgchancen der Initiative waren damit von vorneherein äusserst gering.

Tabelle 2.1: *Europa-Initiative – Konfliktlinien und theoretische Entscheidungskonstellation*

Zeitpunkt des Beitritts	EU-Beitritt	
	<i>pro</i>	<i>contra</i>
<i>sofort</i>	<i>Ja</i>	<i>Nein</i>
<i>später</i>	<i>Nein</i>	<i>Nein</i>

2.2 Die Wahrnehmung

Fast neun von zehn an der Abstimmung Teilnehmende, aber auch 71% der Nichtteilnehmenden vermochten eine der beiden in der Initiative enthaltenen Forderungen zu benennen. Für die Teilnehmenden stand dabei eher der Aspekt der Aufnahme von Verhandlungen im Vordergrund. Von denjenigen Personen, welche der Initiative zustimmten, wurde besonders stark betont, dass es dabei primär um die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen und nicht um den Beitritt an sich gehe. Sie übernahmen damit das Argument, welches das Pro-Komitee, zumindest in der Endphase der Kampagne, ins Zentrum gerückt hatte. Ein gewisser Unterschied ist auch zwischen den Sprachregionen feststellbar. Sowohl bei den Ja- als auch bei den Nein-Stimmenden war in der französischsprachigen Schweiz der Anteil derjenigen, welche primär an die Aufnahme von Verhandlungen dachten, deutlich höher als in der Deutschschweiz. Er betrug 80% bei den Befürwortern und 52% bei den Gegnern der Initiative, gegenüber 62% resp. 44% in der Deutschschweiz.

Tabelle 2.2: *Europa-Initiative – Wahrnehmung der Inhalte*

Wahrnehmung ^a	Befragte %	Teilnehmende %	Nichtteilnehmende %	(n)	Korrelationskoeffizient ^b
					V = 0.25***
Bezug auf Beitrittsverhandlungen	44	51	34	454	
Bezug auf EU-Beitritt	37	36	37	381	
Bezug auf EU an sich	3	4	3	35	
Bezug auf Aussenpolitik allgemein	3	2	5	31	
Weiss nicht / keine Antwort	13	7	21	138	

^a Nur erste von zwei möglichen Nennungen.
^b Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».
 © IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.

² Vgl. dazu Linder, Wolf, Schweizerische Demokratie, Bern 1999, S. 256 f.

2.3 Das Abstimmungsprofil

Die Initiative «Ja zu Europa» vermochte einzig bei den Sympathisanten der SP (und der damit eng korrelierten Gruppe der sich als politisch links Einordnenden) eine Mehrheit zu erobern. Bei allen anderen Bevölkerungsgruppen, egal ob nach Bildungs-, Alters- und Einkommensklassen oder nach Wohnort- oder Sprachgruppen unterteilt, überwog mehr oder weniger deutlich das Nein. Sogar Personen, welche entschieden für eine Öffnung der Schweiz gegen aussen sind, votierten nur zu 44% für die Initiative (als Vergleich: den bilateralen Verträgen vom Mai 2000 hatten sie zu 92% zugestimmt).

Die parteipolitische Differenzierung lief diesmal nicht wie bei anderen aussenpolitischen Abstimmungen (Blauhelme, EWR, bilaterale Verträge) in einem mehr oder weniger stetigen Kontinuum von der SP über den Freisinn und die CVP zur SVP, sondern bot das Bild einer isolierten SP. Diese Entwicklung war zum Teil bereits durch die Parteiparolen vorgespurt worden. Die oben erwähnte Korrektur der Ja-Parole der Delegierten der nationalen CVP durch nahezu alle deutschschweizerischen Kantonalparteien ist von den Sympathisanten der CVP eindrücklich bestätigt worden: nur 16% legten ein Ja in die Urne.

Die sich bei früheren aussenpolitischen Abstimmungen in der Regel signifikant auswirkenden Differenzierungen nach Ausbildungsniveau, Wohnort und Sprachregion spielten auch bei der Europa-Initiative. Personen mit hoher formaler Bildung, aus Städten und aus der französischsprachigen Schweiz lehnten die Vorlage zwar ebenfalls ab, stimmten aber signifikant überdurchschnittlich oft Ja. Dass die Romandie im Gegensatz zur EWR-Abstimmung von 1992 ebenfalls mehrheitlich Nein stimmte, wurde in ersten Reaktionen als Einebnung des Gegensatzes zwischen den Sprachregionen bezeichnet. Festzuhalten ist jedoch, dass die Differenzen im Stimmverhalten nach wie vor beträchtlich sind. Dies kann bei einer zukünftigen Vorlage mit knapperem Ausgang ohne weiteres wieder zu einer Situation mit unterschiedlichen Mehrheiten und entsprechenden Frustrationen führen. Der Abstand zwischen den beiden Sprachregionen betrug diesmal 22 Prozentpunkte; beim EWR waren es mit 33 zwar deutlich mehr gewesen, bei den bilateralen Verträgen des Jahres 2000 mit 12 Prozentpunkten aber weniger. Trotz dieser weiterhin bestehenden Unterschiede lassen sich in der Westschweiz auch gewisse Indikatoren für einen Wandel in der öffentlichen Meinung zur EU ausmachen. Während bei der EWR-Abstimmung von 1992 schlecht informierte Personen in der Romandie massiv für die Vorlage gestimmt hatten, lehnten diese nun die Initiative mehrheitlich ab; dies geschah trotz der auch diesmal von praktisch allen Parteien und Medien der Romandie ausgegebenen Ja-Parole.³ Diese neue Skepsis der schlecht informierten (und auch wenig an Politik interessierten) Romands ist aber nicht durch die eigentliche Abstimmungskampagne verursacht worden. Eine Auswirkung dieser Kampagne lässt sich nämlich nicht feststellen. Personen, welche ihren Entscheid während den 6 Wochen vor der Abstimmung gefällt haben, stimmten nicht signifikant anders als diejenigen, für welche er immer schon klar war.

Obwohl das Initiativkomitee mehrheitlich aus sehr jungen Personen bestand, vermochte dies bei deren Altersgenossen keine zusätzlichen Sympathien zu wecken. Sie lehnten die Vorlage ebenso klar ab wie die älteren Stimmenden.

Im Gegensatz etwa zu den bilateralen Verträgen oder dem EWR-Beitritt spielte das Regierungsvertrauen nur eine geringe Rolle und vor allem in einem widersprüchlichen

³ Siehe Kriesi, Hanspeter et al., VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmung vom 6. Dezember 1992, Bern und Genf 1993, S. 23.

Sinn. Personen, welche dem Bundesrat vertrauen, stimmten etwa häufiger für diese von der Regierung abgelehnte Initiative. Die Erklärung dieses Paradoxons liegt darin, dass das Regierungsvertrauen vor allem bei engagierten Gegnern eines EU-Beitritts gering ist.

Tabelle 2.3: Europa-Initiative – Stimmverhalten nach politischen und gesellschaftlichen Merkmalen

<i>Merkmale / Kategorien</i>	<i>% Ja^a</i>	<i>(n)</i>	<i>Korrelationskoeffizient^a</i>
Total VOX (gewichtet)	23	712	
<i>Öffnung / Abschottung</i>			<i>V = 0.46***</i>
Für eine Öffnung der Schweiz	44	337	
Gemischte Wertvorstellungen	4	304	
Für eine Abschottung der Schweiz	7	59	
<i>Einordnung auf der Links/Rechts-Achse</i>			<i>V = 0.45***</i>
Linksausen	(61)	33	
Links	54	125	
Mitte	15	272	
Rechts	9	110	
Rechtsausen	5	63	
<i>Parteisympathie</i>			<i>V = 0.35***</i>
SP	58	86	
CVP	16	50	
FDP	18	56	
SVP	16	100	
keine Partei	2	262	
<i>Ausbildung</i>			<i>V = 0.23***</i>
Obligatorische Schulzeit	16	132	
Berufslehre	17	338	
Matur/Lehrerseminar	(48)	48	
Fachschule	31	65	
Fachhochschule	27	55	
Universität	38	72	
<i>Wohnort</i>			<i>V = 0.22***</i>
Grossstadt	38	164	
Mittelgrosse Stadt oder Agglomerationsgemeinde	22	304	
Land	14	243	
<i>Sprachregion</i>			<i>V = 0.21***</i>
Deutschschweiz	18	517	
Romandie	40	164	
Italienischsprachige Schweiz	(17)	30	
<i>Alter</i>			<i>n.s.</i>
<i>Einkommen</i>			<i>n.s.</i>
<i>Geschlecht</i>			<i>n.s.</i>
<i>Konfession</i>			<i>n.s.</i>

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief». Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.

© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.

2.4 Die Entscheidungsmotive

Bei den spontan, d.h. ohne vorgegebene Kategorien geäußerten Antworten auf die Frage nach den Entscheidungsmotiven der Befürwortenden zeigt sich, dass bei diesen der Wunsch nach einem möglichst raschen EU-Beitritt zentral war. 70% nannten dieses Motiv an erster Stelle und zusätzliche 14% an zweiter Stelle. Der bei der Wahrnehmung der Vorlage von den Ja-Stimmenden betonte formale Aspekt, dass mit der Initiative der Bundesrat zur Aufnahme von Verhandlungen verpflichtet würde (siehe Kap. 2.2), war als Entscheidungsgrund nebensächlich. Dies gilt sowohl für die französische als auch für die deutsche Schweiz.

Wie aufgrund der in der Einleitung dargestellten Konfliktkonstellation erwartet werden konnte, lassen sich bei den Nein-Stimmenden zwei klar unterschiedlich argumentierende Gruppen ausmachen: Diejenigen, welche das von der Initiative postulierte rasche Vorgehen ablehnen und diejenigen, welche einen EU-Beitritt an sich ablehnen. Diese beiden Entscheidungsmotive wurden von je gut 50% der Nein-Stimmenden genannt. Dabei sind die beiden Lager nicht als vollständige Gegensätze zu sehen, sondern überschneiden sich teilweise: rund ein Viertel der beiden Gruppen gibt sowohl das Argument des falschen Zeitpunktes als auch dasjenige der Beitrittsablehnung an. Wenn wir die Zusammensetzung der Nein-Stimmenden exakter bestimmen wollen, müssen wir deshalb strengere Massstäbe anlegen und alle Nein-Stimmende, welche beide Argumente angeben, als Beitrittsgegner bezeichnen.⁴ Die so ermittelten Integrationsgegner dominieren mit einem Anteil von 51% (siehe Tab. 2.4). Die Vertreter der Position, dass der Zeitpunkt für Verhandlungen ungünstig ist, kommen dann noch auf 39%. Die restlichen 10% erwähnten diese beiden Argumente nicht und gaben andere Motive an, wie z.B. «Kompetenz soll beim Bundesrat bleiben», «ist utopisch» oder «ich folgte Empfehlungen».

Nach dem doch eher überraschenden Nein der französischsprachigen Schweiz interessiert natürlich das Motiv der Westschweizer Nein-Stimmenden für ihren Entscheid besonders. Hier ist das Argument des falschen Zeitpunktes mit einem Anteil von 49% besser vertreten als in der Deutschschweiz (36%). Aber immerhin 44% der Romands begründen ihr Nein mit ihrer Opposition zu einem EU-Beitritt (Deutschschweiz: 52%).⁵

Tabelle 2.4: Europa-Initiative – Motive der Nein-Stimmenden

Entscheidungsmotiv	Schweiz %	D-Schweiz %	F-Schweiz %
Gegen EU-Beitritt	51	52	44
Zu früh für Verhandlungen	39	36	49
Anderes	10	12	7

© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.

⁴ Also z.B. Personen mit der Begründung «ich bin gegen einen Beitritt und zudem wäre der Zeitpunkt für Verhandlungen ohnehin zu früh».

⁵ Eine Hochrechnung auf die Gesamtzahl der Teilnehmenden an der Abstimmung vom 4. März ergibt einen Anteil von 43% Beitrittsgegnern für die Deutschschweiz und 26% für die Westschweiz. Schlüsse auf eine zukünftige Abstimmung über die Beitrittsfrage lassen sich daraus aber nicht ziehen, da die Kampagne und die Mobilisierung ganz andere Dimensionen annehmen würden. Zudem befinden sich unter denjenigen, deren Motiv wir als «Allgemein» eingeordnet haben (z.B. mit der Antwort «weil die Initiative schlecht ist»), ebenfalls Beitrittsgegner.

Bei den Sympathisanten der FDP und der SP dominierte das Argument des ungünstigen Zeitpunktes (FDP: 56%; SP: 47%) gegenüber dem gegen einen Beitritt gerichteten Argument (FDP: 36%; SP: 32%). Bei der CVP und vor allem bei der SVP stand die grundsätzliche Ablehnung eines Beitritts im Vordergrund (bei der CVP mit 51%:39% und bei der SVP mit 67%:24%).⁶ Dass Personen mit niedrigem Bildungsniveau ihre Nein-Stimme eher mit der Gegnerschaft zu einem EU-Beitritt begründeten als Stimmende mit höherer formalen Bildung, welche eher den ungünstigen Zeitpunkt ins Zentrum stellten, erstaunt nicht, sind erstere doch grundsätzlich beitriffsfeindlicher eingestellt. Keine Differenzen im Begründungszusammenhang ergeben sich zwischen den Altersklassen.

Nur 3,5% der Ja-Stimmenden (das sind weniger als 1% aller Stimmenden) gaben an, die Initiative aus taktischen Gründen unterstützt zu haben. Nur wenige Personen, welche an sich einen Beitritt befürworteten, aber den eingeschlagenen Weg falsch fanden, legten also ein Ja in die Urne, um der Initiative wenigstens zu einem respektablen Ergebnis zu verhelfen. Kaum Widerhall fand auch das formale Kontra-Argument, dass der Bundesrat für die Wahl des Zeitpunktes von Beitrittsverhandlungen zuständig bleiben soll.

2.5 Pro- und Kontra-Argumente

Als Ergänzung zu den oben dargestellten spontan von den Befragten genannten Motiven legten wir ihnen auch je drei während der Kampagne vorgebrachte Pro- und Kontra-Argumente zur Stellungnahme vor. Dies erlaubt es, einerseits die Motivstruktur der Stimmenden verfeinert zu bestimmen und andererseits die Überzeugungskraft der in der Kampagne vorgebrachten Argumente zu testen.

Am stärksten unterscheiden sich die Ja- von den Nein-Stimmenden bei den Fragen nach dem richtigen Zeitpunkt für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Von den Befürwortern der Initiative glaubten 80%, von den Gegnern aber nur 13%, dass sich ein Zuwarten negativ auf die Verhandlungsposition der Schweiz auswirken wird. Andererseits beurteilten 82% der Nein-Stimmenden den jetzigen Zeitpunkt als ungünstig; bei den Befürwortern waren es nur 22%. Dass allerdings jeder fünfte Ja-Stimmende den Bundesrat mit der sofortigen Aufnahme von Beitrittsverhandlungen beauftragen wollte, obwohl er den Zeitpunkt für ungünstig einschätzte, weist darauf hin, dass die Zahl der taktischen Ja-Stimmen vermutlich doch grösser war, als die oben dargestellten Spontanantworten auf die Frage nach dem Entscheidungsmotiv ergeben haben.

Weniger überzeugt hat die Idee, dass man mit der Zustimmung zur Initiative den Bundesrat zu einem rascheren Tempo in der Beitrittsfrage veranlassen könne. Noch weniger zugkräftig war das namentlich in den Medien vorgebrachte Argument, dass ein schlechtes Resultat der Initiative negative Reaktionen bei der EU hervorrufen könnte. Nur gut 60% der Befürworter teilten diese Befürchtung. Wie wir bereits bei den Spontanbegründungen festgestellt haben, spielte das Kontra-Argument, dass die Kompetenz beim Bundesrat bleiben soll, keine Rolle. Sowohl Befürworter als auch Gegner der Initiative beantworteten diese Frage eher ablehnend. Mehrheiten ergaben sich nur bei Personen mit hohem Vertrauen in die Regierung und bei den Romands. Bei der Abstimmung vom

⁶ Zu berücksichtigen ist, dass es sich dabei nur um die Nein-Stimmenden handelt. Damit sind zwar die SVP-Sympathisanten fast vollständig erfasst, diejenigen der SP jedoch nur zu 40% (knapp 60% hatten die Initiative angenommen).

Tabelle 2.5: Europa-Initiative – Motive der Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

<i>Spontan geäußerte Gründe für den Entscheid</i>	<i>Alle Nennungen in % der Antwortenden^a</i>	<i>Nur Erstnennung in %</i>
JA-Stimmende		
<i>Für einen EU-Beitritt</i>	84	70
<i>Für Verhandlungen über einen EU-Beitritt</i>	16	13
<i>Allgemeines (ist wichtig, sinnvoll)</i>	13	10
<i>Anderes (taktische Gründe)</i>	15	5
<i>Weiss nich, falscher Grund</i>	2	2
NEIN-Stimmende		
<i>Falscher Zeitpunkt für Verhandlungen</i>	53	42
<i>Gegen einen EU-Beitritt</i>	51	37
<i>Allgemeines (ist utopisch, zu kompliziert etc.)</i>	18	12
<i>Kompetenz soll beim Bundesrat bleiben</i>	4	2
<i>Anderes</i>	10	6
<i>Weiss nicht, falscher Grund</i>	1	1

^a Es waren 2 Antworten möglich. Insgesamt haben 163/540 befragte Ja-/Nein-Stimmende geantwortet. Weil mehrere Antworten möglich waren, steigt das Total der Prozente in der ersten Kolonne auf über 100 an.
© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.

8. Juni 1997 über die von den Schweizer Demokraten und der Lega dei Ticinesi lancierte Initiative für eine obligatorische Volksabstimmung vor der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU war diese Kompetenzfrage (allerdings in einer allgemeineren Formulierung) noch zu 84% im Sinne des Bundesrates beantwortet worden.⁷

Die Forderung der AUNS und anderer Beitrittsgegner, dass die Schweiz weder heute noch in späterer Zeit in die EU eintreten solle, spaltete die Gegner der Initiative am meisten. Nur eine Minderheit von rund einem Drittel bekannte sich zu dieser Fundamentalposition. Damit ist auch gesagt, dass die Abstimmung in der Wahrnehmung einer klaren Mehrheit sowohl der Stimmenden insgesamt als auch der Nein-Stimmenden kein Plebiszit über die Grundsatzfrage eines EU-Beitritts war. Besonders gut vertreten waren die radikalen Beitrittsgegner bei der SVP (und etwa in ähnlichem Ausmass bei der AUNS), wo 51% der Nein stimmenden Sympathisanten sich mit diesem Argument einverstanden erklärten. Bei den Anhängern der beiden anderen bürgerlichen Regierungsparteien waren es 20% (FDP) resp. 25% (CVP). Von den 40% der SP-Sympathisanten, welche die Initiative abgelehnt haben, gab sich jeder Vierte als prinzipieller Gegner eines EU-Beitritts zu erkennen. In der französischsprachigen Schweiz war diese Grundsatzopposition zur EU bei den Initiativgegnern nur schwach verankert (15% gegenüber 36% in der Deutschschweiz). Dieses Ergebnis weist darauf hin, dass den radikalen Beitrittsgegnern in der Romandie trotz der Ablehnung der Initiative der Durchbruch noch nicht gelungen ist.

⁷ Siehe Delgrande, Marina / Linder, Wolf, VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 8. Juni 1997, Bern 1997, S. 13. Wir möchten diesen Unterschied aber nicht als Meinungswandel, sondern als Resultat einer unterschiedlichen Kampagne interpretieren. 1997 war es den isoliert geliebten Initianten (die nicht einmal bei der SVP und der AUNS Unterstützung fanden) nicht gelungen, den EU-Beitritt ins Zentrum zu schieben. Die breite Front der Gegner konnte ihre Propaganda voll auf das institutionelle Argument konzentrieren.

Tabelle 2.6: Europa-Initiative – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

		Ein- verstanden	Nicht ein- verstanden	Weiss nicht	Konsi- stenz ^a
Pro-Argumente					
«Es geht jetzt darum, Druck auszuüben, damit der Bundesrat mit dem EU-Beitritt vorwärts macht»	Stimmende	22	74	4	81
	Ja-Stimmende	72	24	4	
	Nein-Stimmende	6	90	4	
«Eine Ablehnung der Initiative würde die Position der Schweiz bei zukünftigen Verhandlungen mit der EU schwächen»	Stimmende	23	67	10	67
	Ja-Stimmende	62	33	5	
	Nein-Stimmende	10	78	12	
«Je länger die Schweiz wartet, umso schwieriger werden Beitrittsverhandlungen»	Stimmende	28	63	9	70
	Ja-Stimmende	80	13	7	
	Nein-Stimmende	11	79	10	
Kontra-Argumente					
«Der Zeitpunkt für Beitrittsverhandlungen ist ungünstig»	Stimmende	67	28	5	91
	Ja-Stimmende	22	72	6	
	Nein-Stimmende	82	14	4	
«Der Bundesrat soll selbst entscheiden, wann der Zeitpunkt für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen gekommen ist»	Stimmende	41	52	7	77
	Ja-Stimmende	38	54	8	
	Nein-Stimmende	42	51	7	
«Die Schweiz soll nie Beitrittsverhandlungen mit der EU führen»	Stimmende	26	65	9	95
	Ja-Stimmende	0	98	2	
	Nein-Stimmende	32	56	12	
Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 22% aller Stimmenden (72% der Ja-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument zu, 74% (24%) lehnten es ab und 4% (4%) konnten sich nicht entscheiden.					
^a Gesamtheit der Stimmenden = 703.					
^b Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (resp. Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (resp. nein) stimmen.					
© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.					

3. Die Volksinitiative «für tiefere Arzneimittel- preise»

3.1 Die Ausgangslage

Die 1997 von der Detailhandelskette Denner AG eingereichte Volksinitiative «für tiefere Arzneimittelpreise» verlangte, dass sämtliche Medikamente, welche in den Nachbarländern der Schweiz zugelassen sind, ohne weitere Kontrolle in die Schweiz eingeführt werden dürfen. Die Krankenkassen würden verpflichtet, nur noch die preisgünstigsten Medikamente, d.h. soweit sie vorliegen sogenannte Generika (Nachahmungen), zu vergüten. Auf Antrag des Bundesrats empfahlen beide Parlamentskammern einstimmig die Ablehnung der Initiative, welche auch in der Abstimmungskampagne von keiner einzigen Partei unterstützt wurde. Lediglich die SP, wo einzelne im Konsumentenschutz engagierte Politikerinnen für die Initiative warben, beteiligte sich mit ihrer Stimmfreigabe nicht an der geschlossenen Front der Gegner.

Tabelle 3.1: Arzneimittel-Initiative – Wahrnehmung der Inhalte

Wahrnehmung ^a	Befragte %	Teilnehmende %	Nichtteil- nehmende %	(n)	Korrelations- koeffizient ^b
					V = 0.35***
Bezug auf billigere Arzneimittel	40	46	33	418	
Bezug auf Zulassung von Generika	17	23	10	180	
Bezug auf Denner	11	12	9	110	
Bezug auf Marktliberalisierung	4	4	3	37	
Bezug auf Gesundheitspolitik allgemein	4	2	6	37	
Anderes	3	3	3	34	
Weiss nicht / keine Antwort	21	10	36	223	

^a Nur erste von zwei möglichen Nennungen.
^b Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».
 © IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.

3.2 Die Wahrnehmung

Die Kenntnisse über den Inhalt der Vorlage entsprachen etwa dem langjährigen Durchschnitt bei Abstimmungsvorlagen. Rund jeder fünfte Stimmberechtigte wusste nicht, um was es dabei ging. Bei den Teilnehmenden war es immerhin noch jede zehnte Person. Die überwiegende Mehrheit der Befragten verfügte über spezifische Kenntnisse der Initiative und konnte einen ihrer beiden Kerninhalte – billigere Arzneimittel und weitgehend freie Zulassung von Generika – angeben. Allgemeine Antworten wie Marktliberalisierung oder Reform der Gesundheitspolitik waren eher selten. Immerhin 12% der Teilnehmenden nannten an erster Stelle jedoch den Initianten des Volksbegehrens, die Detailhandelskette Denner AG. Wie wir bei der Analyse der Entscheidungsmotive sehen werden, hat sich diese Assoziation mit dem Namen Denner für das Ergebnis der Initiative sehr negativ ausgewirkt.

Tabelle 3.2: Arzneimittel-Initiative – Stimmverhalten nach politischen und gesellschaftlichen Merkmalen

<i>Merkmale / Kategorien</i>	<i>% Ja^a</i>	<i>(n)</i>	<i>Korrelationskoeffizient^a</i>
Total VOX (gewichtet)	31	678	
<i>Geschlecht</i>			$V = 0.12^{**}$
Frau	25	335	
Mann	37	344	
<i>Mitgliedschaft in Konsumentenorganisation</i>			$V = 0.13^*$
aktiv/passiv/vorstellbar	42	193	
nicht vorstellbar	28	467	
<i>Alter</i>			n.s.
<i>Ausbildung</i>			n.s.
<i>Einkommen</i>			n.s.
<i>Einordnung auf der Links/Rechts-Achse</i>			n.s.
<i>Parteisympathie</i>			n.s.
<i>Sprachregion</i>			n.s.
<i>Wohnort</i>			n.s.

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».
 © IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.

3.3 Das Abstimmungsprofil

Noch selten fiel bei einer Volksabstimmung das Urteil in den verschiedenen sozialen und politischen Gruppen derart homogen aus. Egal ob alt oder jung, städtisch oder ländlich, mit hoher oder niedriger formaler Bildung, arm oder reich, deutsch- oder französischsprachig, links oder rechts, überall stimmten rund 30% für und 70% gegen den Vorschlag. Bei den Sympathisanten der SP sowie in der Deutschschweiz war zwar die Zustimmungsrate etwas höher als bei den bürgerlichen Parteien resp. in der Romandie, die Differenz ist aber zu gering um als statistisch signifikant zu gelten. Einzig bei den Merkmalen Geschlecht und Einstellung zu Konsumentenorganisationen stellen wir signifikante Unterschiede fest: Männer und Sympathisanten von Konsumentenorganisationen urteilten etwas weniger negativ über den Vorschlag. Aber auch bei diesen beiden Gruppen reichte es mit Ja-Stimmenanteilen von 37% für Männer resp. 42% für Konsumentenorganisationen nicht zu einer Annahme der Initiative. Die Vermutung, dass vor allem junge, in der Regel noch wenig von Gesundheitsproblemen belastete Männer zum relativ guten Abschneiden der Initiative beigetragen haben, bestätigte sich nicht: am höchsten war die Zustimmungsrate mit 42% bei den über 65jährigen Männer. Dieses Verhalten steht in einem deutlichen Gegensatz zu demjenigen der Frauen, wo sich bei dieser Altersgruppe der niedrigste Ja-Anteil (20%) ergab.

Tabelle 3.3: Arzneimittel-Initiative – Motive der Ja-Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

<i>Spontan geäußerte Gründe für den Entscheid</i>	<i>Alle Nennungen in % der Antwortenden*</i>	<i>Nur Erstnennung in %</i>
JA-Stimmende		
<i>Für Kostensenkungen</i>	74	61
<i>Gegen die Marktmacht der Chemischen Industrie</i>	16	9
<i>Für die freie Zulassung von Generika</i>	14	10
<i>Allgemeines (ist sozial, für neue Lösungen etc.)</i>	12	6
<i>Anderes (Empfehlung Partei, taktische Gründe)</i>	16	11
<i>Weiss nicht, falscher Grund</i>	3	3
NEIN-Stimmende		
<i>Misstrauen gegenüber Generika</i>	36	27
<i>Allgemeines (Unsicherheit über Auswirkungen etc.), davon Angst vor Ungewissheit</i>	23 16	9 6
<i>Ärmere Personen wären benachteiligt</i>	22	17
<i>Preisvergleiche sind falsch</i>	9	5
<i>Aus Prinzip gegen Denner-Initiativen</i>	7	4
<i>Es gibt bessere Einsparungsmöglichkeiten</i>	7	4
<i>Gefährdet Forschung, Arbeitsplätze</i>	5	3
<i>Anderes</i>	13	10
<i>Weiss nicht, falscher Grund</i>	3	3
<small>* Es waren 2 Antworten möglich. Insgesamt haben 209/460 befragte Ja-/Nein-Stimmende geantwortet. Weil mehrere Antworten möglich waren, steigt das Total der Prozente in der ersten Kolonne auf über 100 an. © IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.</small>		

3.4 Die Entscheidungsmotive

Die Begründung der Befürworter der Initiative fiel sehr eindeutig aus. Drei Viertel aller Ja-Stimmenden motivierten ihren Entscheid mit dem Wunsch nach billigeren Medikamenten. Indirekt stand dieser Wunsch zudem wohl auch bei den 10% im Vordergrund, welche die freie Zulassung von Generika an erster Stelle nannten. Immerhin 16% der Ja-Stimmenden beabsichtigte ebenfalls ein Zeichen gegen die starke Position der chemischen Industrie auf dem Arzneimittelmarkt zu setzen. Überdurchschnittlich oft genannt wurde dieses Motiv von Sympathisanten der SP und der SVP.

Dass die Gegner ihren Entscheid nicht mit der Ablehnung von tieferen Arzneimittelpreisen begründen würden, konnte erwartet werden. Bei ihnen dominierten Befürchtungen vor den Auswirkungen der vorgeschlagenen neuen Marktregelung auf die Gesundheit der Patienten. Etwa ein Drittel von ihnen hatte explizite Zweifel an der medizinischen Wirksamkeit von Generika und ein Viertel äusserte eine allgemeine Verunsicherung über die Konsequenzen der Initiative. Obwohl die von der Initiative verlangte praktische Aufhebung der schweizerischen Heilmittelkontrolle nicht explizit als Gegenargument genannt wurde, dürfte die Befürchtung bezüglich der Zuverlässigkeit von billigeren Medikamenten stark damit zu tun haben. Das in der Kontra-Kampagne stark vertretene Argument, dass mit der Beschränkung der Krankenkassenleistungen auf die preisgünstigsten Arzneimittel eine Zweiklassen-Medizin zulasten der weniger Bemittelten geschaffen würde, erwähnten 22% spontan als Entscheidungsmotiv. Dabei spielte insofern

eine gewisse Solidarität, als Gutverdienende dieses Argument ebenso oft nannten wie Angehörige unterer Einkommensklassen. Generell ist auffallend, dass die angegebenen Begründungen kaum von sozialen und politischen Merkmalen abhängig sind. Diese nahezu identische Argumentationsweise in den diversen Altersgruppen, Einkommens- und Bildungsklassen aber auch politischen Gruppierungen bestätigt die bei der Darstellung des Entscheidprofils gemachte Feststellung, dass diese Initiative nicht entlang von politischen oder sozialen Trennlinien mobilisiert hat.

Dass die Arzneimittel-Initiative derart stark mit der Firma Denner assoziiert wurde, hat ihr eindeutig geschadet, begründeten doch 7% der Nein-Stimmenden ihren Entscheid mit dem Argument, dass sie prinzipiell gegen Volksbegehren dieser Herkunft stimmen würden. Denner hatte bisher sowohl Initiativen vom linken (Kleinbauerninitiative) als auch vom rechten (Behandlungsfrist für Volksinitiativen) Rand des politischen Spektrums massgeblich gefördert. Das wirtschaftspolitische Argument, dass mit einer Annahme der Initiative der Arbeits- und Forschungsplatz Schweiz gefährdet würde, stand nur für eine kleine Minderheit der Nein-Stimmenden im Vordergrund.

3.5 Pro- und Kontra-Argumente

Bei der Beurteilung der während der Kampagne vorgebrachten Pro-Argumente zeigt sich, dass diese bei den Teilnehmenden an sich recht gut angekommen sind. Eine klare Mehrheit von ihnen und auch eine Mehrheit der Initiativ-Gegner hätte nichts gegen tiefere Medikamentenpreise einzuwenden. Mehrheitsfähig war auch die Behauptung, dass die Chemiekonzerne ungerechtfertigte Profite aus der bisherigen Regelung gezogen haben. Vor allem Sympathisanten der SP und der SVP stimmten dieser Aussage überdurchschnittlich oft zu und bestätigten damit ihre bei den spontan genannten Entscheidungsmotiven festgestellte Kritik an der Pharmaindustrie. Wie der niedrige Konsistenzkoeffizient⁸ zeigt, waren diese Argumente für die Entscheidung über ein Ja oder Nein nicht ausschlaggebend. Nur jede dritte Person, welche diesen Thesen zustimmte, legte ein Ja in die Urne. Wesentlich mehr ins Gewicht fielen die Gegenargumente, dass auf die schweizerische Heilmittelkontrolle nicht verzichtet werden kann, und dass die Initiative eine unsoziale «Zweiklassen-Medizin» zur Folge haben würde. Mehr als 90% derjenigen, welche mit diesen Thesen übereinstimmten, lehnten das Volksbegehren ab.

Einig waren sich sowohl Befürworter als auch Gegner, dass den Ärzten und Ärztinnen beim Entscheid über die zu verschreibenden Arzneimittel weiterhin die Hauptrolle zukommen muss. Dass dies in einem Widerspruch zur Initiative steht, die für von den Krankenkassen zu bezahlende Medikamente diese Entscheidungsfreiheit aufheben wollte, störte die Befürworter kaum. Und nur jeder fünfte Ja-Stimmende glaubte, dass damit die finanziell schlechter gestellten Schichten benachteiligt würden. Die erwarteten sozialen Auswirkungen wurden von allen Argumenten am kontroversesten eingeschätzt. Der zweite zentrale Streitpunkt bestand in der Notwendigkeit der schweizerischen Heilmittelkontrolle. Eine deutliche Mehrheit von 76% der Stimmenden lehnte deren Abschaffung ab; aber immerhin ein Drittel könnte sich vorstellen, dass dann auf ein eigenes Bewilligungsverfahren verzichtet wird, wenn ein Medikament in den Nachbarstaaten zugelassen ist.

Kaum von Bedeutung war das gegnerische Argument, dass die Initiative Arbeitsplätze bei der schweizerischen Chemieindustrie gefährden würde. Jede fünfte Person konnte dazu

⁸ Siehe dazu die Definition in der Tabelle.

keine Aussage machen und von den Nein-Stimmenden erklärte sich weniger als die Hälfte damit einverstanden. Ähnliche Beurteilungsschwierigkeiten erzeugte auch das Pro-Argument, dass sich die Mängel der Initiative nachträglich auf dem Gesetzesweg würden korrigieren lassen. Obwohl diese Behauptung von Personen vorgebracht worden war, die der SP und dem Konsumentenschutz nahestehen, fand es bei den Sympathisanten dieser Organisationen nicht überdurchschnittlich viel Zustimmung.

Tabelle 3.4: Arzneimittel-Initiative – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

		Ein- verstanden	Nicht ein- verstanden	Weiss nicht	Konsi- stenz ^a
Pro-Argumente					
«Medikamente dürfen in der Schweiz nicht teurer sein als in den Nachbarländern»	Stimmende	66	27	7	32
	Ja-Stimmende	93	5	2	
	Nein-Stimmende	54	38	8	
«Die bisherige Regelung hat den Pharmakonzernen zu ungerechtfertigten Riesenprofiten verholfen»	Stimmende	57	24	19	33
	Ja-Stimmende	87	7	6	
	Nein-Stimmende	49	28	23	
«Die Initiative für tiefere Arzneimittelpreise hat zwar einige Mängel. Diese könnten aber auf dem Gesetzgebungsweg behoben werden»	Stimmende	47	29	24	39
	Ja-Stimmende	82	5	13	
	Nein-Stimmende	37	36	27	
«Es ist nicht ersichtlich, warum ein Arzneimittel, das im nahen Ausland zugelassen ist, in der Schweiz ein eigenes Bewilligungsverfahren braucht»	Stimmende	32	57	11	46
	Ja-Stimmende	67	22	11	
	Nein-Stimmende	23	67	10	
Kontra-Argumente					
«Der Arzt muss auch künftig frei auswählen können, welches Medikament für den Patienten am wirksamsten ist»	Stimmende	91	7	2	85
	Ja-Stimmende	63	30	7	
	Nein-Stimmende	98	1	1	
«Medikamente sind zu heikel für die Abschaffung der schweizerischen Heilmittelkontrolle»	Stimmende	76	19	5	90
	Ja-Stimmende	36	58	6	
	Nein-Stimmende	88	8	4	
«Eine Zwangsverschreibung von billigeren Arzneimitteln führt zur Zweiklassen-Medizin»	Stimmende	69	24	7	94
	Ja-Stimmende	19	75	6	
	Nein-Stimmende	83	10	7	
«Die Initiative für tiefere Arzneimittelpreise gefährdet Arbeitsplätze bei der schweizerischen chemischen Industrie»	Stimmende	37	45	18	92
	Ja-Stimmende	14	74	12	
	Nein-Stimmende	34	37	19	
Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 66% aller Stimmenden (resp. 93% der Ja-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument zu, 27% (5%) lehnten es ab und 7% (2%) konnten sich nicht entscheiden.					
^a Gesamtheit der Stimmenden = 673.					
^b Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (resp. Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (resp. nein) stimmen.					
© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.					

4. Die Volksinitiative «für mehr Verkehrssicherheit durch Tempo 30 innerorts mit Ausnahmen (Strassen für alle)»

4.1 Die Ausgangslage

Die 1999 vom Verkehrsclub der Schweiz (VCS) eingereichte Volksinitiative für «Tempo 30 innerorts» verlangte die Reduktion der innerorts generell gültigen Höchstgeschwindigkeit von 50 auf 30 km/h. In begründeten Fällen – namentlich auf Hauptstrassen – wären Ausnahmen möglich gewesen. Der Bundesrat und das Parlament empfahlen die Ablehnung. Neben den Linksparteien SP, GP und PdA und den Umweltschutzorganisationen unterstützte einzig die EVP den Vorschlag. In vorderster Front der Gegner stand der Schweizerische Gewerbeverband.

Tabelle 4.1: Tempo-30-Initiative – Wahrnehmung der Inhalte

Wahrnehmung ^a	Befragte %	Teilnehmende %	Nichtteilnehmende %	(n)	Korrelationskoeffizient ^b
					V = 0.22***
Bezug auf Tempo 30 innerorts	78	84	71	811	
Bezug auf Verkehrsberuhigung	10	11	8	101	
Bezug auf Verkehrspolitik allgemein	3	1	5	27	
Weiss nicht / keine Antwort	9	4	16	99	

^a Nur erste von zwei möglichen Nennungen.
^b Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».
 © IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.

4.2 Die Wahrnehmung

Auch bei dieser Vorlage erleichterte der Titel den meisten Befragten die Wahrnehmung des Inhalts. 84% der Teilnehmenden erinnerten sich, dass es um die Einführung von Tempo 30 km/h innerorts ging und weitere 11% nahmen Bezug auf das Thema Verkehrsberuhigung. In der französischsprachigen Schweiz war der Anteil derjenigen, welche die allgemeinere Bezeichnung «Verkehrsberuhigung» erwähnten, mit 31% signifikant höher als in der Deutschschweiz (5%). Die unterschiedliche Wahrnehmung des Inhalts hatte aber keinen Einfluss auf den Abstimmungsentscheid.

4.3 Das Abstimmungsprofil

Ähnlich wie bei früheren verkehrspolitischen Volksinitiativen bildete der Links/Rechts-Gegensatz die wichtigste Konfliktlinie. Eine Mehrheit zu erzielen vermochte die Vorlage aber lediglich bei Stimmenden, welche sich zur äusseren Linken zählen, und bei den Sympathisanten der SP.⁹ Der Gegensatz der beiden politischen Lager ist vor allem in der Deutschschweiz sehr gross, er ist aber durchaus auch in der Romandie vorhanden. Wei-

⁹ Die Zahl der befragten Sympathisanten der Grünen ist zu klein, um statistisch haltbare Aussagen über ihr Verhalten zu machen.

tere politischen Merkmale, welche einen Beitrag zur Erklärung des Abstimmungsverhaltens leisten, sind die Einstellung zum Wertegegensatz Umweltschutz/Wirtschaftswachstum (32% Ja bei Priorität Umweltschutz) sowie die Nähe zu Umweltschutzorganisationen (31% Ja bei Sympathisanten). Die einzigen sozialen Merkmale, welche den Entscheid beeinflusst haben, sind der Autobesitz (42% Ja bei Personen in Haushalten ohne Auto) und der Wohnort (32% Ja in Grossstädten). Keine Rolle spielte hingegen der Zivilstand, das Geschlecht, das Alter, das Bildungsniveau, das Einkommen und die Sprachregion.

Tabelle 4.2: Tempo-30-Initiative – Stimmverhalten nach politischen und gesellschaftlichen Merkmalen

<i>Merkmale / Kategorien</i>	<i>% Ja^a</i>	<i>(n)</i>	<i>Korrelationskoeffizient^a</i>
Total VOX (gewichtet)	20	699	
<i>Einordnung auf der Links/Rechts-Achse</i>			<i>V = 0.38***</i>
Links aussen	(59)	34	
Links	37	129	
Mitte	15	266	
Rechts	5	104	
Rechts aussen	3	61	
<i>Parteisympathie</i>			<i>V = 0.33***</i>
SP	50	88	
CVP	(10)	49	
FDP	2	53	
SVP	5	96	
keine Partei	18	255	
<i>Umweltschutz / Wirtschaftswachstum</i>			<i>V = 0.26***</i>
Priorität Umweltschutz	32	295	
Gemischte Wertvorstellungen	11	341	
Priorität Wirtschaftswachstum	9	43	
<i>Autobesitz</i>			<i>V = 0.25***</i>
nein	42	121	
ja	15	578	
<i>Mitgliedschaft in Umweltschutzorganisation</i>			<i>V = 0.19***</i>
aktiv/passiv/vorstellbar	31	2453	
nicht vorstellbar	14	416	
<i>Wohnort</i>			<i>V = 0.17***</i>
Grossstadt	32	167	
Mittelgrosse Stadt oder Agglomerationsgemeinde	18	295	
Land	15	238	
<i>Alter</i>			n.s.
<i>Ausbildung</i>			n.s.
<i>Einkommen</i>			n.s.
<i>Geschlecht</i>			n.s.
<i>Sprachregion</i>			n.s.
<i>Zivilstand</i>			n.s.

^a Zur Interpretation der statistischen Masszahlen vgl. «Methodischer Steckbrief».

Die Zahlen in Klammern geben lediglich eine Tendenz an, da die Anzahl Fälle unter 50 liegt und deshalb keine statistischen Schlüsse zulässt.

© IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.

Tabelle 4.3: Tempo-30-Initiative – Motive der Ja-Stimmenden (mehrere Antworten möglich)

<i>Spontan geäusserte Gründe für den Entscheid</i>	<i>Alle Nennungen in % der Antwortenden^a</i>	<i>Nur Erstnennung in %</i>
JA-Stimmende		
<i>Verbessert Verkehrssicherheit</i>	63	47
<i>Allgemeines (ist sinnvoll, vernünftig etc.)</i>	27	19
<i>Bin persönlich interessiert (als Eltern, Fussgänger etc.)</i>	24	15
<i>Tempo ist heute zu hoch</i>	18	12
<i>Reduziert Umweltbelastung</i>	12	4
<i>Anderes (Empfehlung Partei, taktische Gründe)</i>	4	2
<i>Weiss nicht, falscher Grund</i>	1	1
NEIN-Stimmende		
<i>Tempo 30 ist zu niedrig, zu schematisch, nicht realisierbar</i>	53	44
<i>Bringt Verkehrsbehinderungen, Staus</i>	40	25
<i>Allgemeines (bringt nichts etc.)</i>	31	21
<i>Erhöht Umweltbelastung</i>	7	3
<i>Kostet zu viel</i>	4	2
<i>Anderes</i>	7	4
<i>Weiss nicht, falscher Grund</i>	1	1

^a Es waren 2 Antworten möglich. Insgesamt haben 138/553 befragte Ja-/Nein-Stimmende geantwortet. Weil mehrere Antworten möglich waren, steigt das Total der Prozente in der ersten Kolonne auf über 100 an.
© IPW / GIS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.

4.4 Die Entscheidungsmotive

Bei den spontan geäusserten Pro-Argumenten liegt mit einem Anteil von 63% aller Nennungen (47% der Erstnennungen) die Verbesserung der Verkehrssicherheit an der Spitze. Relativ häufig waren – wie übrigens auch bei den Gegnern – die allgemeinen Argumente (im Sinne von «ist vernünftig» resp. «bringt nichts»). Rund ein Viertel der Ja-Stimmenden gab an, dass sie persönlich als Fussgänger oder als Eltern an einer Tempolimite von 30 km/h innerorts interessiert seien. Das Argument des Initiativkomitees, dass mit der Initiative die Lärmbelastung und die Luftverschmutzung reduziert werden könnten, stand nur für 12% der Befürworter im Vordergrund. Dies mag eine Erklärung dafür sein, dass auch die Sympathisanten der Umweltschutzorganisationen die Vorlage deutlich ablehnten.

Der Haupteinwand der Gegner richtete sich gegen die als zu schematisch empfundene generelle Tempolimite von 30 km/h. Die von den Initianten vorgesehenen Ausnahmen wirkten offenbar für die Mehrheit der Stimmenden nicht überzeugend. Ein weiteres wichtiges Argument der Gegner war die Befürchtung, dass es zu Staus und Verkehrszusammenbrüchen kommen würde. Kaum als Entscheidungsmotiv erwähnt wurden hingegen die von der Gegenkampagne betonten hohen Kosten für die Signalisation und begleitende Massnahmen.

Tabelle 4.4: Tempo-30-Initiative – Anklang der Pro- und Kontra-Argumente bei den Stimmenden in Prozent

		Ein- verstanden	Nicht ein- verstanden	Weiss nicht	Konsi- stenz ^a
Pro-Argumente					
«Mit generell Tempo 30 innerorts	Stimmende	34	56	10	52
gibt es weniger Tote und Verletzte	Ja-Stimmende	89	5	6	
auf den Strassen»	Nein-Stimmende	21	68	11	
«Mit generell Tempo 30 innerorts	Stimmende	25	67	8	68
werden die Dörfer und Städte	Ja-Stimmende	87	9	4	
wohnlicher»	Nein-Stimmende	10	81	9	
«Mit generell Tempo 30 innerorts	Stimmende	16	75	9	72
nimmt die Luftverschmutzung	Ja-Stimmende	60	20	20	
durch den Strassenverkehr ab»	Nein-Stimmende	6	88	6	
Kontra-Argumente					
«Generell Tempo 30 innerorts	Stimmende	68	28	4	96
führt zu Staus und einem Chaos	Ja-Stimmende	14	78	8	
auf den Strassen»	Nein-Stimmende	81	16	3	
«Die nötigen baulichen Mass-	Stimmende	61	24	15	95
nahmen und die Überwachung	Ja-Stimmende	16	77	17	
von Tempo 30 sind viel zu	Nein-Stimmende	72	13	15	
teuer»					
«Statt generell Tempo 30 inner-	Stimmende	52	41	7	77
orts sollte man in allen Wohn-	Ja-Stimmende	59	31	10	
quartieren Tempo 30 einführen»	Nein-Stimmende	50	44	6	
Resultate in Linienprozenten. Lesebeispiel: 34% aller Stimmenden (resp. 89% der Ja-Stimmenden) pflichteten dem ersten Argument zu, 56% (5%) lehnten es ab und 10% (6%) konnten sich nicht entscheiden. ^a Gesamtheit der Stimmenden = 695. ^b Verhaltenskonsistenz liegt dann vor, wenn möglichst viele, die sich mit einem Pro-Argument (resp. Kontra-Argument) einverstanden erklären, auch tatsächlich ja (resp. nein) stimmen. © IPW / GfS: VOX-Analyse der eidgenössischen Abstimmungen vom 4. März 2001.					

4.5 Pro- und Kontra-Argumente

Als Ergänzung zu den oben dargestellten spontan von den Befragten genannten Motiven legten wir ihnen auch je drei während der Kampagne vorgebrachte Pro- und Kontra-Argumente zur Stellungnahme vor. Keines der Pro-Argumente vermochte auch nur annähernd eine Mehrheit der Stimmenden hinter sich zu scharen. Am besten mit einer

Zustimmungsrate von 34% schnitt noch die Behauptung ab, dass sich mit dieser Tempolimit die Zahl der Verkehrstopfer würde senken lassen. Nur jeder zweite, der dieser Aussage zustimmte, sah sich jedoch veranlasst, die Initiative zu unterstützen. Am weitesten gingen die Meinungen der Befürworter und Gegner bei der Frage nach der Verbesserung der Wohnlichkeit der Dörfer und Städte auseinander. Wie wenig Widerhall die Argumente der Initianten fanden, geht daraus hervor, dass einzig die SP-Sympathisanten dieser Aussage knapp zustimmten. Sogar die Bewohner der stark verkehrsbelasteten Grossstädte und Personen, welche den Umweltschutzorganisationen nahe stehen, lehnten sie deutlich ab. Die These, dass die Umweltbelastung mit der neuen Tempolimit gesenkt werden könnte, war nicht einmal bei den Befürwortern der Initiative unbestritten; je 20% hatten dazu keine Meinung oder waren damit nicht einverstanden.

Die beiden hier analysierten wichtigsten Argumente der Gegner (Verkehrschao resp. hohe Kosten) schnitten wesentlich besser ab als diejenigen der Initianten. Nicht nur waren sie bei der Gesamtheit der Stimmenden mehrheitsfähig, sie erwiesen sich auch als sehr konsistent. Wer ihnen zustimmte, legte mit hoher Wahrscheinlichkeit (95% resp. 96%) ein Nein in die Urne. Kontrovers war hingegen die Beurteilung des vor allem vom Bundesrat ins Spiel gebrachten Arguments, dass es sinnvoller sei, die gezielte Einführung von Tempo 30 in Wohngebieten zu fördern. Eine knappe Mehrheit von 52% der Stimmenden und 50% der Nein-Stimmenden teilte zwar diese Meinung; 41% resp. 44% lehnten sie hingegen ab; bei den Ja-Stimmenden fand sie 59% Zustimmung. Widerstand gegen diese Alternativmassnahme meldeten insbesondere Personen der niedrigsten Einkommens- und Bildungsklasse sowie SVP-Sympathisanten an. Ob eine Person über ein Auto verfügt oder nicht, spielte hingegen keine Rolle.

5. Methodischer Steckbrief

Der vorliegende Bericht beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung. Das GfS-Forschungsinstitut führte die Befragung innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung vom 4. März 2001 durch. Die Analyse wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (IPW) vorgenommen.

Die Befragung wurde von 38 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch ausgeführt, wobei das GfS-Forschungsinstitut als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Interviews extern und ohne dass dies für die BefragterInnen und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren, wobei auf der ersten Stufe (Sprachregionen) eine proportionale Schichtung vorgenommen wurde. Hierfür bildeten die offiziellen Statistiken des Jahres 1994 die Grundlage. Auf der zweiten Stufe (Haushalte) erfolgte eine Zufallsauswahl aus dem elektronischen Telefonverzeichnis der Swisscom. Die Auswahl auf der dritten Stufe (stimm-berechtigte Personen aus dem jeweiligen Haushalt) erfolgte nach dem «Geburtsstagniprinzip». Die Stichprobe betrug 1038, wobei mit Stimmberechtigten, die sich nicht an der Volksabstimmung beteiligt hatten, nur ein Teil des Interviews durchgeführt wurde. Von den ursprünglich ausgewählten 4160 Adressen wären 1530 für ein Interview in Frage gekommen. Davon verweigerten 160 die Befragung und 332 Interviews konnten nicht durchgeführt werden, weil im Haushalt keine Zielperson mehr vorhanden war. Die Verweigerungsquote belief sich auf 55%; d.h. 45% der ursprünglich geplanten Interviews konnten durchgeführt und verwendet werden.¹⁰

Die gesellschaftliche Repräsentativität ist weitgehend gewährleistet. Die Abweichungen bei den Altersklassen und dem Geschlecht betragen maximal 3%, was innerhalb des Stichprobenfehlers liegt. Wie immer sind die AbstimmungsteilnehmerInnen in der Stichprobe übervertreten. Die Abweichung von der realen Abstimmungsbeteiligung bewegt sich mit 15% im Rahmen früherer VOX-Analysen. In der Umfrage ist der Anteil der Befragten, welche angaben, der Arzneimittel-Initiative zugestimmt zu haben, mit 22% um neun Prozentpunkte zu tief ausgefallen. Bei den beiden anderen Vorlagen betrug diese Abweichung lediglich 1 Prozentpunkt. Wir haben, wie seit der VOX-Analyse Nr. 70 üblich, für die Durchführung bestimmter Berechnungen Gewichtungsfaktoren für die Beteiligung resp. das Abstimmungsverhalten verwendet.¹¹

Die Grösse der Stichprobe (1038 Personen) ergibt bei einer reinen Zufallsauswahl und einer Verteilung der Prozentwerte von 50%:50% einen Stichprobenfehler von ± 3.1 Prozentpunkten. Bei einer geringeren Stichprobengrösse erhöht er sich, z.B. bei den gut 700 AbstimmungsteilnehmerInnen in der vorliegenden Untersuchung auf ± 3.8 . Liegen die Prozentwerte weiter auseinander, so reduziert sich der Stichprobenfehler (z.B. bei einem Ergebnis von rund 70%:30% auf ± 3.4 und bei 80%:20% auf ± 3.0).

Die Bestimmung des Signifikanzniveaus stützt sich auf den Unabhängigkeitstest mittels Chi-Quadrat. Dabei bedeutet * eine Signifikanz von unter 0.05, ** eine solche von unter 0.01 und *** eine solche von unter 0.001. Im ersteren Fall heisst dies, dass die Wahr-

¹⁰ Vgl. dazu und zu weiteren technischen Angaben auch Bieri, U., Longchamp, C., Golder, L., Ulrich, G., Technischer Bericht zur VOX-Analyse Nr. 73 vom 4. März 2001, Bern 2001, S. 10–11 und 18–20.

¹¹ Vgl. dazu Bieri/Longchamp, a.a.O., S. 28–29.

scheinlichkeit, dass ein Zusammenhang zwischen zwei Variablen zufällig entstanden ist, unter fünf Prozent liegt, im letzten Fall wäre diese Wahrscheinlichkeit bei weniger als einem Promille. Alle Beziehungen zwischen zwei Variablen mit einem Signifikanzwert von über 0.05 sind gemäss statistischen Konventionen für die Sozialwissenschaft als nicht signifikant anzusehen. Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient von Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von 0 von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von 1 von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden. Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da zu ihrer Berechnung auch die Anzahl der Merkmalskategorien beider Variablen und die Fallzahl verwendet wird.

Hauptresultate der Analyse der Abstimmung vom 4. März 2001

Am 4. März 2001 entschieden die Stimmberechtigten über drei Volksinitiativen. Bei allen folgten sie der Empfehlung von Regierung und Parlament und verwarfen die Vorlagen klar; zwei davon (Europa und Tempo 30) erlitten mit Ja-Stimmenanteilen von etwas über 20% sogar richtiggehende Abfahrten. Verliererin war auch die SP, welche diese beiden Initiativen unterstützt hatte und bei der dritten (Arzneimittel) als einzige Partei nicht die Nein-Parole ausgegeben hatte.

Die Beteiligung erreichte gut 55% und war seit der Abstimmung vom 6. Dezember 1992 über den Beitritt zum EWR nie mehr so hoch gewesen. Dafür war die «Ja zu Europa»-Initiative verantwortlich. Die Stimmberechtigten haben ihr von den drei Vorlagen mit Abstand die grösste Bedeutung zugemessen. Diese Beurteilung gilt sowohl für die Relevanz des Entscheids für das Land als Ganzes als auch für den Einzelnen persönlich. Die Konzentration von Volksinitiativen auf eine meist auch im Titel erwähnte Forderung erleichtert im allgemeinen die Meinungsbildung. Überdurchschnittlich viele Teilnehmende gaben in der Folge auch an, dass ihnen aufgrund der erhaltenen Informationen der Entscheid eher leicht gefallen sei. Bei der Europa- und bei der Tempo-Initiative war dieser Entscheid für ungefähr die Hälfte der Stimmenden schon lange, d.h. mehr als sechs Wochen vor der Abstimmung, klar. Für diese Meinungsbildung behielten die Bürgerinnen und Bürger ihre Vorliebe für die traditionellen Informationsquellen (Presse, TV, Abstimmungsbroschüre des Bundesrates) bei; das Internet blieb in der Kampagne weiterhin ein Medium für eine kleine Minderheit von 5% der Stimmenden. Drei von fünf Personen begaben sich nicht persönlich an die Urne, sondern reichten ihre Stimme brieflich ein.

Die Europa-Initiative

Die Initiative «Ja zu Europa» vermochte einzig bei den Sympathisanten der SP (und der damit eng korrelierten Gruppe der politisch links Stehenden) eine, allerdings eher knap-

pe Mehrheit (58%) zu erobern. Bei allen übrigen Bevölkerungsgruppen, egal ob nach Bildungs-, Alters- und Einkommensklassen oder nach Wohnort oder Sprachgruppen unterteilt, überwog mehr oder weniger deutlich das Nein. Sogar Personen, welche an sich für eine aussenpolitische Öffnung der Schweiz eintreten, lehnten sie ab. Die bei aussenpolitischen Abstimmungen bekannten Differenzierungen nach Ausbildungsniveau, Wohnort und Sprachregion spielten auch bei der «Europa»-Initiative eine vergleichbare starke Rolle. Bei Personen mit hoher formaler Bildung, aus Städten und aus der französischsprachigen Schweiz schnitt die Vorlage deutlich besser ab. Dass die Romandie im Gegensatz zur EWR-Abstimmung von 1992 ebenfalls mehrheitlich Nein stimmte, wurde in ersten Reaktionen als Einebnung des Gegensatzes zwischen den Sprachregionen bezeichnet. Festzuhalten ist jedoch, dass der Unterschied zur Deutschschweiz mit 22 Prozentpunkten auch diesmal beträchtlich war. Im Gegensatz zur EWR-Abstimmung von 1992 gaben sich diesmal politisch weniger interessierte Romands EU-skeptisch und lehnten die Initiative deutlich ab.

Die Sympathisanten der SP standen mit ihrer Zustimmung relativ isoliert da. Anders als bei früheren aussenpolitischen Vorlagen nahmen die der FDP und der CVP nahestehenden Personen keine Mittelstellung zwischen den Polen SP und SVP ein, sondern entschieden ähnlich wie die SVP-Anhänger. Die CVP-Sympathisanten desavouierten damit klar ihre nationale Delegiertenversammlung, welche Zustimmung empfohlen hatte. Trotz des vorwiegend von jungen Personen gebildeten Initiativkomitees unterschied sich das Stimmverhalten der verschiedenen Altersgruppen nicht voneinander.

Für die Befürworter der Initiative war der Wunsch nach einem möglichst raschen EU-Beitritt der Schweiz zentral. Bei den Nein-Stimmenden lassen sich zwei klar unterschiedlich argumentierende Gruppen ausmachen: Diejenigen, welche das von der Initiative postulierte rasche Vorgehen ablehnen, und diejenigen, welche an sich gegen einen EU-Beitritt sind. Die Beitrittsgegner waren unter den Stimmenden mit einem Anteil von 51% etwas stärker vertreten als diejenigen, welche lediglich den Zeitpunkt für die Verhandlungsaufnahme als verfrüht beurteilten (39%). In der französischsprachigen Schweiz wurde der Nein-Entscheid häufiger als in der Deutschschweiz mit dem falschen Zeitpunkt für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen begründet. Aber für immerhin 44% der gegen die Initiative stimmenden Romands war die Ablehnung eines EU-Beitritts ausschlaggebend (Deutschschweiz: 52%). Bei den Sympathisanten der FDP und der SP dominierte das Argument des ungünstigen Zeitpunktes, bei der CVP und vor allem bei der SVP stand die grundsätzliche Ablehnung eines Beitritts im Vordergrund.

Am stärksten unterscheiden sich die Ja- von den Nein-Stimmenden bei der Frage nach dem richtigen Zeitpunkt für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen. Von den Befürwortern der Initiative glaubten 80%, von den Gegnern aber nur 13%, dass sich ein Zuwarten negativ auf die Verhandlungsposition der Schweiz auswirken wird. Das formale Argument, dass die Kompetenz zur Eröffnung von Verhandlungen beim Bundesrat bleiben soll, spielte hingegen keine Rolle und wurde sowohl von Befürwortern als auch von Gegnern der Initiative knapp abgelehnt. Nur eine Minderheit von rund einem Drittel der Nein-Stimmenden vertrat die Meinung, dass die Schweiz überhaupt nie Beitrittsverhandlungen mit der EU aufnehmen soll. Damit ist auch gesagt, dass die Abstimmung in der Wahrnehmung einer klaren Mehrheit sowohl der Stimmenden als auch der Nein-Stimmenden kein Plebiszit über die Grundsatzfrage eines EU-Beitritts war.

Die Initiative «für tiefere Arzneimittelpreise»

Noch selten fiel bei einer Volksabstimmung das Urteil in den verschiedenen sozialen und politischen Gruppen derart homogen aus. Egal ob alt oder jung, städtisch oder ländlich, mit hoher oder niedriger formaler Bildung, arm oder reich, deutsch- oder französischsprachig, links oder rechts, überall stimmten rund 30% für und 70% gegen den Vorschlag. Diese Initiative hat eindeutig nicht entlang von politischen oder sozialen Trennlinien polarisiert. Einzig Männer und Sympathisanten von Konsumentenorganisationen urteilten signifikant weniger negativ über den Vorschlag. Aber auch bei diesen beiden Gruppen reichte es mit Ja-Stimmenanteilen von 37% für Männer resp. 42% für Konsumentenorganisationen nicht zu einer Annahme der Initiative.

Drei Viertel aller Ja-Stimmenden motivierten ihren Entscheid mit dem Wunsch nach billigeren Medikamenten; immerhin 16% beabsichtigten, ein Zeichen gegen die starke Position der chemischen Industrie auf dem Arzneimittelmarkt zu setzen. Bei den Gegnern dominierten die Befürchtungen vor den Auswirkungen der neuen Marktregelung auf die Gesundheit der Patienten. Etwa ein Drittel von ihnen hatte explizite Zweifel an der medizinischen Wirksamkeit von Generika und ein Viertel äusserte eine allgemeine Verunsicherung über die Konsequenzen der Initiative. Das wirtschaftspolitische Argument, dass mit einer Annahme der Initiative der Arbeits- und Forschungsplatz Schweiz gefährdet würde, spielte hingegen praktisch keine Rolle. Grosse Überzeugungskraft kam demgegenüber der Ansicht zu, dass die Initiative eine unsoziale «Zweiklassen-Medizin» zur Folge haben würde.

Die Initiative «für Tempo 30 km/h innerorts»

Ähnlich wie bei früheren verkehrspolitischen Volksinitiativen bildete der Links/Rechts-Gegensatz die wichtigste Konfliktlinie. Eine Mehrheit zu erzielen vermochte die Vorlage aber lediglich bei Stimmenden, welche sich zur äusseren Linken zählen, und bei den Sympathisanten der SP. Obwohl Personen, welche Umweltschutzorganisationen nahe stehen, überdurchschnittlich oft Ja gestimmt haben, lehnte auch diese Gruppe den Vorschlag deutlich ab. Eine Erklärung dafür könnte sein, dass das Pro-Argument, dass mit der Initiative die Lärmbelastung und die Luftverschmutzung reduziert werden könnten, selbst bei den Ja-Stimmenden auf grosse Skepsis stiess. Signifikant weniger deutlich als im Landesmittel war die Ablehnung auch bei Personen ohne Auto und bei Bewohnern von grossen Städten.

Der Haupteinwand der Gegner richtete sich gegen die als zu schematisch empfundene generelle Tempolimit von 30 km/h. Die von den Initianten vorgesehenen Ausnahmen wirkten offenbar für die Mehrheit der Stimmenden nicht überzeugend. Ein weiteres wichtiges Argument der Gegner war die Befürchtung, dass es zu Staus und Verkehrszusammenbrüchen kommen würde. Kaum als Entscheidungsmotiv erwähnt wurden hingegen die von der Gegenkampagne betonten hohen Kosten für die Signalisation und begleitende Massnahmen. Kontrovers war die Beurteilung des vor allem vom Bundesrat ins Spiel gebrachten Arguments, dass es sinnvoller sei, die gezielte Einführung von Tempo 30 in Wohngebieten zu fördern. Eine knappe Mehrheit von 52% der Stimmenden und 50% der Nein-Stimmenden teilte diese Meinung; 41% resp. 44% lehnten sie hingegen ab.

Zur Methode

Die vorliegende Untersuchung beruht auf einer von der VOX-Partnerschaft realisierten Nachbefragung der Volksabstimmung vom 4. März 2001. Das GfS-Forschungsinstitut führte die Befragung innerhalb von zwei Wochen nach der Volksabstimmung durch. Die Analyse der Daten wurde durch das Institut für Politikwissenschaft an der Universität Bern (IPW) vorgenommen. Die Befragung wurde von 38 BefragterInnen von zu Hause aus telefonisch durchgeführt, wobei das GfS-Forschungsinstitut als Kontrollinstanz die Möglichkeit hatte, die Interviews extern und ohne dass dies für die BefragterInnen und die Befragten erkennbar war, zu beaufsichtigen. Die Stichprobenziehung erfolgte in einem dreistufigen Zufallsverfahren. Der Stichprobenumfang beträgt 1038 stimmberechtigte Personen.

Bevölkerungsklimas auf polittrends.ch –

Einstellung der Bevölkerung zu relevanten politischen Fragen vor, während und nach der Abstimmung zu den bilateralen Verhandlungen.

Seit zehn Jahren analysiert das GfS-Forschungsinstitut Geschäftsbereich Politik und Staat politikbezogene Pro- und Kontra-Strömungen in der Bevölkerung. Entstanden ist eine weitgehende Dokumentation über die Einstellung der Schweizer Bevölkerung zu Politik-Fragen, welche ihresgleichen sucht. Um die Wichtigkeit dieser Fragen zu unterstreichen, sind diese Analysen nun auch einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich – unter www.polittrends.ch.

...Dossier «Europa»

das aktuelle Europa-Barometer Schweiz, welches vom GfS-Forschungsinstitut seit rund zehn Jahren regelmässig erhoben wird und damit eine lückenlose Analyse allfälliger Meinungswandel der Bevölkerung in Europafragen ermöglicht – und dies über die Abstimmung zu den bilateralen Verträgen hinaus.

...Dossier «Internet und Politik»

Eine umfangreiche Sammlung von GfS-Analysen rund um das Thema Internetnutzung und e-government, welche seit 1998 in regelmässigen Abständen das Internet in Bezug auf dessen politische Relevanz durchleuchtet.

...Dossier «Abstimmungen»

Diverse Umfragen für öffentliche und private Stellen und für das Schweizer Fernsehen sowohl im Vorfeld als auch im Nachtrag von Abstimmungen und Wahlen, welche Einblick in das Stimmverhalten und die dazuführende Motivation geben.

...Dossier «VOX-Analysen»

Nachanalysen zu allen eidgenössischen Abstimmungen der letzten 8 Jahre in einer Kurzfassung. Weitere Jahrgänge werden laufend aufgeschaltet.

Ferner finden Sie auf polittrends.ch Links zu allen wichtigen politischen Akteuren und eine Vielzahl von themenspezifischen Links.

In den letzten 6 Monaten von «polittrends.ch» haben sich rund 25'000 BesucherInnen von unserem virtuellen Polit-Magazin überzeugt.

GfS-Forschungsinstitut, Geschäftsbereich «Politik und Staat»

Claude Longchamp, Geschäftsleitung

Luca Bösch, Webmaster/Internet-Applikations-Designer